

«Je schneller er weg ist, desto besser fürs Volk»

Aussenministerin Micheline Calmy-Rey begrüsst, dass die Libyer einer demokratischen Zukunft entgegenschauen. Die Schweiz bietet beim Neuanfang ihre Hilfe an.

Mit Micheline Calmy-Rey sprach Erwin Haas, Luzern

Frau Bundespräsidentin, verspüren Sie eine gewisse Genugtuung, dass die Tage des libyschen Machthabers Ghadhafi gezählt sind?

Ich bin froh, dass Libyen nach 42 Jahren Diktatur Perspektiven für mehr Demokratie und Freiheit erhält. Wir haben schon lange gehofft, dass Ghadhafi seine kriegerische Haltung nicht weiterverfolgen kann. Je schneller er weg ist, desto schneller bessert sich die Situation für die Leute.

Die Schweiz will Ghadhafi wegen der Geiselnahme der Schweizer Göldi und Hamdani vor Gericht bringen. Wo steht dieses Verfahren jetzt?

Die beiden wurden als Geiseln genommen, verhaftet und verschleppt, ohne dass sie etwas Falsches gemacht hätten. Ob Ghadhafi dafür zur Verantwortung gezogen werden kann, liegt in den Händen der Bundesanwaltschaft. Der libysche Übergangsrat will ihn und seine Söhne in Libyen vor Gericht bringen, die internationale Gemeinschaft in Den Haag. Doch was die beiden Geiseln erlebt haben, muss geahndet werden, damit es sich nicht wiederholen kann.

Anerkennt die Schweiz den Übergangsrat als neue Regierung?

Die Schweiz anerkennt keine Regimes, sondern nur Länder. Doch der Übergangsrat ist unser Ansprechpartner. Wir haben in der Rebellenhauptstadt schon im März ein humanitäres Büro eröffnet, das an den Grenzen Flüchtlingshilfe betreibt, und auch einen Diplomaten nach Benghazi geschickt. Aber wir hoffen, dass wir so bald wie möglich unsere reguläre Botschaft in Tripolis wieder eröffnen können.

Wird die Schweiz Libyen bei Neuanfang und Wiederaufbau behilflich sein?

Der Bundesrat hat für Nordafrika eine Strategie mit drei Schwerpunkten genehmigt. Die Schweiz will Libyen beim Aufbau einer Demokratie helfen, zum Beispiel beim Entwurf einer Verfassung. Aber das hängt natürlich davon ab, was die Regierung von uns wünscht. Auf der Ebene der wirtschaftlichen Beziehungen wollen wir Arbeitsplätze schaffen, damit die Leute eine Zukunft haben und nicht auswandern müssen. Und wir wollen wie mit Ägypten und Tunesien ein Verfahren einleiten, um die bei uns blockierten 650 Millionen Franken freizugeben. Das Geld soll der libyschen Bevölkerung zugute kommen, denn es gehört ihr.

Es brodelt überall in Arabien und Nordafrika. Der nächste Fall einer Regierung könnte in Syrien vor der Tür stehen.

Ja, und vielleicht in anderen Ländern auch. Doch selbst wenn es an verschiedenen Orten hin- und hergeht, halte ich es für begrüssenswert, wenn sich diese Völker in eine Richtung entwickeln, die ihnen mehr Freiheit und Demokratie in Aussicht stellt.